

Leipart schreibt Briefe

Ein Wort an die Gewerkschaftskollegen

Wer die Gewerkschaftspresse in diesen Tagen liest, merkt die ganze Ohnmacht der reformistischen Politik.

Gestern veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Brief Leiparts an Brüning, der sich gegen die geplante Zerstückelung der Arbeitslosenversicherung wendet. In diesem Brief wird „die Hoffnung ausgesprochen“, daß die Gründe der Gewerkschaften „bei den Beratungen des Reichstabinetts gebührende Beachtung finden“. Dieser Brief — der wie viele? — ist ein klassisches Beispiel der „Kampfesmethoden“, deren sich die Gewerkschaftsführer bedienen, um ihren „Forderungen“ Nachdruck zu verleihen.

Die Gewerkschaftsführer gehen in allen ihren Reden und Aufträgen von der Voraussetzung aus, man könne in der Krise nicht kämpfen, man müsse nachgeben. Der gesunde Menschenverstand muß aber jedem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Frage nahelegen: Wohin soll das führen, wohin wird die Politik der Unterwerfung, des dauernden Nachgebens, der Kapitulation, uns bringen?

Die Politik der deutschen Gewerkschaftsführer bringt der Arbeiterschaft nicht nur Hunger und Elend, diese Politik bringt auch den Faschismus. Bemerkenswert ist eine Notiz im gestrigen „Vorwärts“ über die Rede eines Nazis namens Speite in einer Versammlung der Beamten und Angestellten der Sozialversicherung. Speite sagte dort, die neue Lohnabbauwelle bringe den Nazis Hunderttausende neuer Anhänger. „Das war der einzige Satz in dieser jammervollen Rede, der leider der Wahrheit nahe kam“, bemerkt dazu der „Vorwärts“. Damit gibt der „Vorwärts“ glatt zu, daß die Hinneigung des Lohnabbaues durch die Gewerkschaftsführer eine direkte Hilfeleistung für die Nazis ist.

Wir stellen vor den Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter die Frage: Wohin, Kollegen, soll das führen? Wie lange noch wollt ihr die Politik der Kapitulation mit ansehen?

Millionen Arbeiter befinden sich in tariflosem Zustand. Zum 1. Mai waren die Mantelverträge für 3,6 Millionen Arbeiter, Lohnverträge für 2,8 Millionen Arbeiter gekündigt und sind nunmehr abgelaufen. Weitere Verträge, so zum Beispiel im Ruhrbergbau, sind zum 1. Juni gekündigt. Die Unternehmer versuchen, den tariflosen Zustand zu benutzen, um Löhne zu zahlen, die sich von den Sätzen der Erwerbslosenversicherung nur sehr wenig unterscheiden.

Im Baugewerbe wird der Lohnabbau mit Hilfe des Schlichtungsapparates durchgeführt. Ein Telegramm aus Köln berichtet jedoch über einen Schiedsspruch für das Baugewerbe im Rheinland, wonach der Lohnabbau 17 bis 23 Pfennig pro Stunde beträgt. Bei den Bauarbeitern, bei den Malern, im Steinergewerbe, bei den Holzarbeitern wird ein Lohnabbau von 20, 25, 30 und 40 Prozent durchgeführt. Im Ruhrbergbau fordern die Unternehmer eine generelle Herabsetzung der Tariflöhne um 12 Prozent und eine Reihe Verschlechterungen anderer Arbeitsbedingungen.

Ein Bergstück der Löhne, wie sich ihn kaum die schärfmähendsten Unternehmer jemals erträumt haben, wird zur Tatsache. Die Arbeitslosenversicherung steht unmittelbar vor ihrer Zerstückelung. Leipart und seine Freunde schreiben Briefe an Brüning, richten Anfragen an Siegerwald und ... kapitulieren.

Daß diese Kapitulation hunderttausende enttäuschte Gewerkschaftsmitglieder aus den Gewerkschaften jagt, hunderttausende kermüht und für die demagogische Agitation der bezahlten Kapitalisnechte aus dem Hinterlager empfänglich macht, ist selbstverständlich.

Es gibt nur einen Ausweg: den Weg des geschlossenen proletarischen Kampfes. Eine große Widerstandsbewegung des deutschen Proletariats, die Millionen Proletarier mitreißt, wird unter den jetzigen Verhältnissen mit einem Schlag die Kräfteverhältnisse der Klassen in Deutschland verändern. Niemals war die deutsche Bourgeoisie so brutal und anmaßend wie jetzt, niemals aber war sie so feige, niemals hatte sie solche schlotternde Angst vor der großen revolutionären Aktion des Proletariats, wie jetzt.

Die RPD. und RGD. haben in ihrem Einheitsfrontangebot (veröffentlicht in der „Roten Fahne“ vom 26. April) eindeutig erklärt:

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen!“

Die RPD. und RGD. erklären in ihrem Einheitsfrontangebot die Bereitschaft, mit jeder Arbeiterorganisation gemeinsam zu kämpfen. Sie stellen dabei nur eine Bedingung, daß diese Organisation den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will.

Deshalb ist es eine verbrecherische Lüge, wenn die Gewerkschaftsführer dieses Einheitsfrontangebot der RPD. und RGD. so hinstellen wollen, als handele es sich um eine Einladung an die Arbeiterschaft, sich in der RPD. und in der RGD. zu organisieren. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ erklärte Ulrich am Montag in der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter: „Die dringend notwendige Einheitsfront der Klassenbewussten Arbeiterschaft kann aber auch nicht auf der Grundlage geschaffen werden, daß sich nun alle Arbeiter zur RPD. und zur RGD. bekennen.“

In verschiedenen deutschen Städten kreisen jetzt die Bauarbeiter, kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter stehen Schulter an Schulter im Kampf. Hat die RGD. von den streikenden Bauarbeitern gefordert, daß sie sich das Mitgliedsbuch der RGD. zulegen sollen?

Die Grundlage der Einheitsfront ist nicht das Bekenntnis zur RPD. und RGD., sondern das Bekenntnis zum Kampf.

Die Klassenbewussten Arbeiter müssen sich zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen. Sie sind es, die die gesamte Klasse mitreißen, für den Kampf gewinnen müssen. Deshalb ist die Verantwortung jedes Klassenbewussten Arbeiters so groß. Deshalb, Kollegen, tun wir unsere Pflicht. Jeder verlorene Tag soll für uns eine Mahnung sein!

Jede Jugendgruppe

der RGD. und der roten Verbände entsendet einen Delegierten zur Jugendkonferenz, heute, 19.30 Uhr, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12.

RPD.-Mitglieder im RPD.B. Fraktionsführung Donnerstag, den 12. Mai, 19 Uhr, Münzstraße 24, 2 Treppen (Großer Saal).

Erfolgreicher Streit in den Deutschen Werken

Lackiererinnen wehren 30prozentigen Lohnabbau durch Streik in roter Einheitsfront ab

In der Abteilung Segstreifen der Deutschen Werke in Spandau wollte die Direktion den in der Lackerei beschäftigten Frauen gestern einen Lohnabzug von 30 Prozent diktieren. Nachdem Verhandlungen der Arbeiterinnen mit der Direktion gescheitert waren, traten die Frauen geschlossen in den Streik.

Mittags, als sie sich bereits am Nachhauweg befanden, wurden sie von der Betriebsleitung wieder zurückgerufen und um 1/2 Uhr wurde ihnen mitgeteilt, daß sie die Arbeit zu den alten Lohnbedingungen wieder aufnehmen können.

Diese Arbeiterinnen haben der ganzen Belegschaft und darüber hinaus allen Arbeitern ein vorbildliches Beispiel gegeben, wie man in geschlossener Kampffront die Vorstöße der Unternehmer auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zuhaken kann.

gebend, wie man in geschlossener Kampffront die Vorstöße der Unternehmer auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zuhaken kann.

Rote Einheitsfront erzwingt Tariflohn

Die von der Kartoffelfirma Bodhaus in Hamburg verfügte Einstellung von nur Jugendlichen für 5 Mark Tagelohn anstatt des zu zahlenden zünftigen Tariflohnes von 8,40 Mark empörte die Belegschaft so, daß sie einmütig in den Streik trat.

Die straffe konsequente Streikfront erzwang schon die volle Anerkennung des Tariflohnes.

Streitbeschuß Berliner Bauarbeiter

Sämtliche Bauarbeiter Wilhelmshavens im Streik — Weitere Streikerfolge

Die Belegschaft der Baustelle Augusta-Cde-Lauenburger Straße in Wilmsdorf, die von der Firma Zimmer Nachfolger (Inhaber Dohmke) betrieben wird, hat gestern einmütig beschlossen, gegen den Lohnabbau in den Streik zu treten.

Die Firma läßt auf der Baustelle Tiefbauarbeiten durchführen. Sie legte der Belegschaft einen Keuers vor, wonach ab heute nur ein Lohn von 72 Pfennig pro Stunde bezahlt werden soll. Auf Initiative des Einheitsverbandes für das Baugewerbe wurde darauf sofort der Streikbeschuß gefaßt.

Die Chaussee-Bauarbeiter auf der hohenheuerdorfer Chaussee bei Birkenerde sind geschlossen in den Streik getreten, weil die Firma statt des Tariflohnes nur einen Stundenlohn von 62 Pfennig zahlen wollte. Bereits am zweiten Streiktag hat die Firma Teilzugeständnisse gemacht. Die Kollegen stehen aber geschlossen weiter im Streik und wollen die Arbeit nicht eher aufnehmen, als bis die alten Tarifsätze gezahlt werden.

Auch im Reich haben die Streiks eine weitere Verbreiterung erfahren. In Wilhelmshaven stehen sämtliche Bauarbeiter im Streik. Ein Streikbeschuß wurde mit großer Mehrheit von den Mitgliedern des Baugewerksbundes gefaßt, trotzdem die Bürokratie Tage lang alle Minen springen ließ, um den Streik zu verhindern.

In Weiskens in Mitteldeutschland stehen seit Sonnabendmorgen die Bauarbeiter von sämtlichen Baustellen geschlossen im Streik, nachdem am Tage vorher eine öffentliche Bauarbeiterversammlung den Streikbeschuß gefaßt hatte. In breiter Einheitsfront wurde eine Streikleitung aus Kollegen des roten

Verbandes, des reformistischen Baugewerksbundes und aus unorganisierten Kollegen gebildet. Auch die Mehrzahl der Lehrlinge steht mit im Streik.

In Heidelberg sind die Malergehilfen gegen einen Abbau der Stundenlöhne von 1,10 Mark auf 0,75 Mark, in den Streik getreten.

In Schwerin haben die Bauarbeiter und Dachdecker den Streik erklärt, der geschlossen auch für solche Betriebe durchgeführt wird, die den alten Lohn weiterzahlen wollen. Die Belegschaft der Baufirma Eckert in Solingen hat drei Stunden geschlossen im Streik gestanden, danach erklärte sich die Firma bereit, die alten Löhne weiterzuzahlen.

Für alle Berliner Bauarbeiter gilt es, dem Beispiel der Kollegen in Wilmsdorf zu folgen. In wenigen Tagen bereits kann die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches drohen. Wenn die Kollegen nicht zusehen wollen, wie man ihr Hungerdasein noch weiter verschlimmert, so muß sofort auf allen Baustellen der Streik organisiert werden.

Reverie gegen Leitergerüstbauer

Eine Reihe von Unternehmern hat den Leitergerüstbauern Lohnabbauverträge vorgelegt. Kein Leitergerüstbauer darf diese Reverie unterschreiben. Alle müssen in der öffentlichen Leitergerüstbauerverammlung heute 19 Uhr bei Schulz, Elisabethstraße 30, erscheinen, um Kampfmaßnahmen zu beschließen.

Feste Streikfront der Möbeltransporter

Heute Vollversammlung — Jeder Pfennig Lohnabbau muß geschlossen abgewehrt werden!

Der Streik der Berliner Möbeltransporter wird in ganz Berlin geschlossen durchgeführt. Wie wir bereits gemeldet haben, richtet sich der Streik gegen den unerhörten Vorstoß der Unternehmer, die am Montag einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen wollten. Zehn bis dreizehn Prozent Lohnabbau hat der Schiedsspruch am 1. Juni diktiert, die Unternehmer wollten ab Montag bereits einen Abbau von 20 bis 25 Prozent durchführen.

Sie haben aber dabei nicht mit dem geschlossenen Kampfwillen der Möbeltransporter gerechnet, die einmütig, ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, sich unter der Parole zusammengesunden haben: „Jeder Pfennig Lohnabbau wird mit Streik beantwortet“. Die geschlossene Streikaufnahme hat die Unternehmer so überrascht, daß einige von ihnen sich bereits zu Verhandlungen über die Weiterzahlung der alten Lohnsätze bereit erklärt haben.

Infolge der einmütigen und einseitigen Haltung der Mitglieder des Gesamtverbandes mußte die Verbandsleitung den Streik sanktionieren. Trotzdem sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter völlig einmütig und geschlossen im Kampf stehen, trotzdem die letzte Branchenversammlung sich gegen eine Stimme für die rote Einheitsfront auf der Grundlage des Appells der RPD. und der RGD. ausgesprochen hat, benutzt der „Vorwärts“ vom 10. Mai die Meldung von dem Streik, die er

übrigens verstreut auf der letzten Seite bringt, zu einer widerlichen Hege gegen die RGD.-Kollegen. Sie werden beschimpft, daß sie bereits wiederholt versucht hätten, die Möbeltransporter in den Streik „zu kommandieren“. Mit solchen Mäßen glaubt man die Einheitsfront der streikenden Arbeiter zerbrechen zu können.

Wir wollen uns im Augenblick mit dem „Vorwärts“ über diese Fragen nicht auseinandersetzen. Zweifellos gibt aber der „Vorwärts“-Artikel die Auffassungen der sozialdemokratischen Leitung des Gesamtverbandes wieder. Die streikenden Möbeltransporter haben alle Veranlassung, gegenüber Verbandsangestellten, die in solcher Form die Einheitsfront zu zerlegen suchen, wachsam zu sein.

Heute um 9 Uhr finden bereits neue Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Es ist damit zu rechnen, daß die Leitung des Gesamtverbandes versuchen wird, einige kleine Zugeständnisse von den Unternehmern zu erlangen, um dann den Streik abzubrechen. Aufgabe der Möbeltransporter ist es, jeden solchen Versuch in geschlossener Einheitsfront zu verhindern. Der Streik muß in derselben Geschlossenheit, wie er begonnen wurde, bis zu Ende durchgeführt werden. Auf diese Weise wird jeder Pfennig Lohnabbau abgewehrt werden.

In diesem Sinne müssen die Kollegen in der Vollversammlung entscheiden, die heute um 14 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindet.

Neue Schiedsprüche gegen Bauarbeiter

Für das Tarifgebiet Provinz Sachsen und Anhalt des Baugewerbes wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach der Lohn für Facharbeiter in Halle 88 Pfennig statt bisher 103 Pfennig und für die Tiefbauarbeiter 63 Pfennig statt bisher 72 Pfennig beträgt; in Magdeburg für Facharbeiter 89 Pfennig statt bisher 105 Pfennig, für Tiefbauarbeiter 64 Pfennig statt bisher 73 Pf. Die Löhne der Bauhilfsarbeiter sollen 17 Prozent unter dem Lohn der Facharbeiter liegen. In den übrigen Ortsklassen des Tarifgebietes beträgt die Lohnsenkung bis zu 23 Prozent.

Für das Baugewerbe des Ruhrgebiets fällt die Sonder-Schlichterkammer am Samstag einen Schiedspruch, der den Maurerlohn ab 1. Mai von 1,05 Mark auf 90 Pfennig herabsetzt, was eine Kürzung um 14,3 Prozent bedeutet. Der Tiefbauarbeiterlohn ist von 64 auf 61 Pfennig gekürzt worden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 16. Mai.

10% Lohnabbau in der Glasindustrie

Für die Weiskensglasindustrie der Lausitz wurde in den letzten Tagen ein Schiedspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 10 Prozent vorseht.

Der Reichsmanteltarif ist, wie wir bereits berichteten, von den Glasbaronen erneut aufgekündigt worden.

DMB.-Generalversammlung würgt Oppositionsanträge ab

In der Generalversammlung des DMB., die am 8. Mai stattfand, wurde gegen den Protest der Opposition beschlossen, keine Urwahlen der Delegierten zum Verbandstag stattfinden zu lassen. Die SPD.-Liste wurde für gewählt erklärt.

Die meisten Anträge der oppositionellen Kollegen wurden diktatorisch von Ulrich nicht zur Beratung gestellt, sondern dem Hauptvorstand überwiesen. Ihre Feindschaft gegen die rote Einheitsfront der Arbeiterklasse und gegen Streiks bewiesen die Verbandsbürokraten dadurch, daß sie zwei Dringlichkeitsanträge der Opposition nicht zuließen. Der eine Antrag enthielt konkrete Vorschläge für die Herstellung der roten Einheitsfront, der andere forderte die Sanktionierung des Streiks bei Gefat, an dem, wie wir bereits berichtet haben, 220 Metallarbeiter, darunter größtenteils Mitglieder des DMB., beteiligt sind.

Wir werden morgen noch einen ausführlichen Bericht über die Generalversammlung veröffentlichen.

Jungbauarbeiter und Lehrlinge

Oeffentliche Versammlung, heute, 19 Uhr, Brunnenstraße, Brunnenstraße 14. Tagesordnung: Kampf gegen Lohnabbau und Arbeitsdienstpflicht. Dachdeckerversammlung heute 19 Uhr bei Schütz, Weidenböden 68. Buchbinder und Papierverarbeiter. Sitzung aller RPD. und RGD.-Mitglieder heute 17 Uhr im Grabischen Platz, Eusebiusstraße 4.